

## »Wir TunesierInnen« statt »Nous, Zine el-Abidine Ben Ali ...«

Die demokratische und anti-neoliberale Revolution in Tunesien

Thomas Schmidinger

Die Revolution in Tunesien stellte den Beginn einer noch nie da gewesenen Protestbewegung in der Arabischen Welt dar. Vor allzu schnell die durchaus unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, Protestbewegungen und Resultate dieser Aufstände in eine Topf geworfen werden, lohnt es sich einen detaillierteren Blick auf deren Ausgangspunkt, die tunesische Revolution, zu richten. Denn gerade hier in Tunesien zeigt sich die enge Verknüpfung von demokratischen mit sozialen Forderungen, die diese Revolution zur ersten antineoliberalen Revolution des 21. Jahrhunderts macht.

Als ich im Sommer 2000 an einem Arabischkurs an der Universität von Tunis teilnahm, konnte ich auf dem für Touristen aufgeputzten Platz vor dem Bab al-Bahr, wo die koloniale Avenue de France in die verwinkelte Rue de la Kasbah in der islamisch geprägten Altstadt übergeht, eine interessante Beobachtung machen. Eine Polizeirazzia hatte einige fliegende Händler aufgegriffen und versuchte sie mit ziemlich brutalen Methoden möglichst rasch vom Platz zu zerren. Während die europäischen TouristInnen, die von hier aus in die Straßen des alten Suq einbogen raschen Schrittes an der Szene vorbei gingen, blieb ich stehen, zückte meine Kamera und begann den Polizeiübergriff zu fotografieren. Kaum hatte ich meine alte mechanische Leica aus den 1930er-Jahren aufgezogen um ein zweites Foto zu machen, stand ich schon von Männern in Zivil umringt da, die jede weitere Aufnahme verhinderten. Der Platz musste voller Zivilpolizei gewesen sein, da mich mindestens 20 dieser Herren umzingelt hatten und drohten mich auf die Polizeistation zu schleppen. Nur meine lautstarke Forderung sofort die österreichische Botschaft zu verständigen und meine konsequente Weigerung diesen von ganzen Reisegruppen frequentierten Platz zu verlassen und die Zeugenschaft meiner Freundin Mary, haben mich vermutlich von einem unangenehmen Abenteuer auf tunesischen Polizeiwachen bewahrt. Obwohl keiner der vorbeikommenden TouristInnen stehen blieb oder auch nur die leiseste Solidaritätsbekundung von sich gab, brachte wohl schon allein das potentiell schlechte Image das damit erzeugt werden könnte mit sich, dass sie es am Ende nicht einmal wagten mir den Film aus der Kamera zu nehmen.

Dem wirtschaftlichen Rückgrat des Landes durfte der Polizeistaat Tunesien nicht schaden und so wurden zwar fliegende Händler verhaftet und misshandelt. TouristInnen sollten jedoch möglichst wenig von diesem Polizeistaat sehen. Und die meisten wollten ihn auch nicht sehen, sondern eine Mischung aus tausendundeine Nacht und sonnigem Strandurlaub genießen. Dafür wurde die Fassade eines funktionierenden Staates aufgebaut. Für die Menschenrechtssituation und die sozialen Gegensätze interessierte sich niemand. Das war auch an diesem heißen Augustmorgen vor dem Bab al-Bahr nur zu deutlich zu bemerken: Sowohl die uniformierten als auch die nicht uniformierten Sicherheitskräfte waren sichtlich überrascht, dass

hier einmal einer aus dem Westen nicht wegsah und nachfragte warum ein Händler so behandelt werde.

Ein gar nicht so unähnlicher Fall sollte über 10 Jahre später zum Auslöser einer Revolution werden. Nachdem sich am 17. Dezember 2010 der junge Akademiker Mohammed Bouazizi aus Protest gegen die Beschlagnahme seines auf der Straße verkauften Obst und Gemüses durch die Polizei selbst verbrannt hatte, begannen im ganzen Land die Proteste. Jugendliche und ArbeiterInnen hatten genug von fehlenden ökonomischen Perspektiven und der Willkür des Polizeistaates unter dem seit 1987 autoritär regierenden Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali.

### Der kurze Frühling Ben Alis

Als sich Ben Ali am 7. November 1987 durch den Sturz seines Vorgängers Habib Bourghiba an die Macht putschte, hatte er noch die Demokratisierung des Landes versprochen. Wörtlich erklärte er:

*»L'époque que nous vivons ne peut plus s'offrir ni présidence à vie, ni succession automatique à la tête l'Etat, desquelles le peuple se trouve exclu. Notre peuple est digne d'une vie politique évoluée et institutionnalisée, fondée réellement sur le multipartisme et la pluralité.«* (Toumi 1989, 207)

Ben Ali erklärte also nicht nur Bourghiba für amtsunfähig, sondern erklärte in seiner ersten Rede an die Nation, die Epoche der lebenslangen Präsidentschaft und der automatischen Nachfolge des Staatsoberhauptes, in der sich das Volk ausgeklammert fühlen würde, für beendet. Wer genau hinhörte, hätte jedoch auch schon hier deutliche Hinweise finden können, dass es sich bei der angekündigten Demokratisierung um ein Lippenbekenntnis handelte. Immerhin begann Ben Ali seine Ansprache nicht nur mit der in islamischen Ländern üblichen Eröffnungsformel, die das Gesagte dem Namen Gottes, des Erbarmers und Barmherzigen widmet, sondern mit einem Pluralis Majestatis: *»Nous, Zine el-Abidine Ben Ali ...«* (Toumi 1989, 207)

Anfänglich konnte Ben Ali allerdings durchaus auf die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung zurückgreifen, die mit der Absetzung des autoritären Staatsgründers tatsächlich die Hoffnung auf eine Demokratisierung des Landes verbunden hatten. Tatsächlich ließ Ben Ali 1988 nicht nur die Einheitspartei, die *Parti Socialiste Destourien* in *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD) umbenennen, sondern legalisierte auch sechs Oppositionsparteien, darunter die Sozialdemokratische Bewegung MDS, die Kommunistische Partei PCT und die Demokratische Fortschrittspartei PDP.

Verboten blieben jedoch weiterhin sowohl einige linksradikale Gruppen, wie die hoxhaistisch ausgerichtete Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens (PCOT), die trotzkistische *Organisation Communiste Révolutionnaire* (OCR) und einige maoistische Kleinstgruppen, als auch die größte islamische Oppositionspartei, *an-Nahda*, die den politischen Arm der Muslim-Bruderschaft repräsentiert.

### Von der Verfolgung der an-Nahda zum Polizeistaat

Zwar wurde Parteiführer Rachid al-Ghannouchi der 1987 unter Bourghiba noch zum Tod verurteilt worden war, 1988 aus der Haft entlassen, allerdings wurde die Partei

nie legalisiert. Nachdem Mitglieder der Partei bei den Parlamentswahlen von 1989 als unabhängige Kandidaten relativ erfolgreich waren, wurde der Antrag zur Legalisierung abgelehnt. Parteimitglieder wurden von nun an als Mitglieder einer illegalen politischen Vereinigung verfolgt. Ghannouchi gelang es sich nach Großbritannien abzusetzen, wo ihm politisches Asyl gewährt wurde. Andere AktivistInnen der Partei verschwanden in den Foltergefängnissen des Regimes. Da sich diese politische Verfolgung zunächst ausschließlich gegen IslamistInnen richtete, blieb sowohl die internationale Kritik als auch die Kritik der säkularen Opposition innerhalb Tunesiens verhalten. Zu viele Gruppen hofften immer noch auf eine Fortsetzung des »Tunesischen Frühlings«, der mit dem Sturz Bourghibas eingeleitet wurde, nach den Wahlen von 1989 allerdings durch die autoritäre Wende des Regimes ein jähes Ende fand.

Das Schweigen der säkularen Opposition verhinderte nicht, dass sich das Regime auch gegen diese wendete. Nach den Islamisten der *an-Nahda* wendete sich das Regime gegen die Menschenrechtsorganisation *Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme* (LTDH) und andere zivilgesellschaftliche Organisationen. In den 1990er-Jahren entwickelte sich Tunesien zunehmend zum Polizeistaat in dem unabhängige NGOs vom Geheimdienst unterwandert oder gleich verboten wurden und Oppositionsparteien wenn schon nicht verboten, so zumindest von jeder Öffentlichkeit abgeschnitten wurden.

Nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch international wurde dabei zunehmend der »Kampf gegen den Terrorismus« als Argument für massive Freiheitsbeschränkungen herangezogen. Nach dem Beginn des »war on terror« in der Folge von 9/11 konnte sich Ben Alis Regime gegenüber dem Westen als säkulare Festung gegen al-Qaida im Maghreb und den Islamismus im Allgemeinen präsentieren. Für Europa spielte Tunesien zudem eine wichtige Rolle in der Abwehr von Flüchtlingen aus dem afrikanischen Kontinent. Die Verlagerung der Flüchtlingsabwehr der EU nach Nordafrika, die im Zusammenhang mit der ökonomischen und politischen Einbindung dieser Staaten in den Barcelona-Prozess und der Gründung der Union für das Mittelmeer stand, sicherte den autoritären Regimen Nordafrikas die uneingeschränkte Unterstützung der EU. Obwohl Menschenrechtsorganisationen immer wieder auf die massiven Menschenrechtsverletzungen dieser Regime hinwiesen, wurden von europäischen Regierungen über diese großzügig hinweggesehen.

### **Globalisierung im Kontext europäischer und US-amerikanischer Interessen**

Sowohl für Europa, als auch für die USA dominierten Stabilitätsinteressen alle anderen Überlegungen in Nordafrika. Für Europa garantierten die Nordafrikanischen Despoten nicht nur den Kampf gegen den Islamismus und die Abwehr von Flüchtlingen, sondern im Falle Tunesiens auch ein Paradies für TouristInnen und ein ökonomisch interessantes Billiglohnland.

Aber auch für die USA wurde Tunesien bereits in den 1990er-Jahren ökonomisch interessant. Im Washington Report on Middle East Affairs vom Herbst 1996 hieß es:

*»Leading U.S. participants do date have been Texaco and Marathon petroleum in the oil exploration and drilling field, and Citibank, which has been established in Tunisia for several years and plays a major role in Tunisian banking. In manufacturing, Packard Electric, a subsidiary of General Motors, employs 1,500 workers in*

*the assembly of vehicle harnesses for export to Europe, and Nabisco packages food products for the Middle East in Tunisia.*« (zit. nach Borowiec 1998, 110)

Ab Mitte der 1990er-Jahre wurde Tunesien von einer autoritär-staatlich geprägten »sozialistischen« Ökonomie rasch zu einem neoliberalen Musterschüler umgewandelt. Im Jänner 1995 trat das Land der World Trade Organization (WTO) bei und verpflichtete sich damit auch die Prinzipien einer neoliberalen Marktwirtschaft zu übernehmen. Im Oktober wurde Tunesien Gründungsmitglied des Euro-Mediterranean Partnership (EMP), des so genannten Barcelona-Prozesses. Dieser Prozess war von Anfang an auf eine Kooperation in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft hin ausgelegt, wobei es dabei nie um eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ging, sondern um eine Einbettung des nordafrikanischen Raumes als Europäische Einflussosphäre in die Europäische Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen im Detail die Entwicklung dieser Zusammenarbeit über die das Euro-Mediterranean Association Agreement (EMAA) und die 2008 auf französische Initiative gegründete Union für das Mittelmeer zu schildern. Festzuhalten gilt allerdings die Bedeutung die Tunesien im Rahmen dieses Prozesses als enger Verbündeter Frankreichs spielte und die Tatsache, dass Europa im Rahmen der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich und im Bereich der Flüchtlingsabwehr auch die Sicherheitsapparate dieser Staaten massiv aufrüstete und damit direkt Beihilfe bei der Unterdrückung der Opposition leistete.

Der ökonomische Umbau des Landes führte allerdings auch zu einer Änderung der Arbeitsverhältnisse in Tunesien selbst. Statt abgesicherter Karrieren in staatlichen Betrieben, boten sich für junge TunesierInnen seit Mitte der 1990er-Jahre nur noch zeitlich befristete Jobs im Tourismusbereich oder in einem der neu angesiedelten Betriebe, die mit Niedrigstlöhnen in das Land gelockt wurden. Der angebliche wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre basierte auf dem ständigen Sinken der Löhne. 2010 lag der gesetzliche Mindestlohn bei umgerechnet weniger als € 120.–. Damit konnten Textilbetriebe Automobilzulieferer angelockt werden. Damit konnten sogar noch mitten in der Wirtschaftskrise Wachstumsraten verzeichnet werden, allerdings auf Kosten der ArbeitnehmerInnen.

### **Gewerkschaften und Arbeitskämpfe**

Gewerkschaften können in Tunesien auf eine lange Organisationsgeschichte zurückblicken. Sie spielten bereits in der Unabhängigkeitsbewegung eine entscheidende Rolle und der Gewerkschaftsdachverband *Union Générale des Travailleurs Tunisiens* (UGTT) konnte sich trotz seiner Eingliederung in die autoritären politischen System Bourghibas und Ben Alis lange eine gewisse Unabhängigkeit bewahren. Erst in den 1990er-Jahren nahm Ben Ali die UGTT stärker an die Kandare, wobei sie immer noch eine gewisse Verhandlungsmacht behaupten konnte. Salah Hamzaoui (1999, 378) wies darauf hin, dass das Regime die Gewerkschaftsführung auch dazu benutzte um über die Stimmung im Land informiert zu sein. Um diesen Informationskanal offen zu lassen, musste der Gewerkschaft aber eine gewisse Autonomie zugestanden werden, die zugleich aber auf den höheren Rängen der Gewerkschaftsführung in das Regime eingebunden war. Einer gewissen Unabhängigkeit von Partei und Staat stand damit die Korruption der Gewerkschaftsführung gegenüber (Camau/Geisser 2003, 220f).

Dieses eingespielte Gleichgewicht von UGTT und Staat, das der Gewerkschaft noch einen gewissen Einfluss garantierte kam 2000 ins Wanken, als sich der UGTT-Vorsitzende Ismail Sahbani mit Ben Ali überwarf und nicht nur vom Vorsitz zurücktreten musste, sondern wegen »Missmanagement« und Veruntreuung von Gewerkschaftsfonds verhaftet wurde. Einerseits wurde die UGTT dadurch weiter marginalisiert, andererseits konnten sich unter dem neuen UGTT-Vorsitzenden Abdessalem Jerad wieder verstärkt militante GewerkschafterInnen innerhalb der UGTT organisieren, wenn auch nur an der Gewerkschaftsbasis. Da Versuche unabhängige Gewerkschaften außerhalb der UGTT zu organisieren erfolglos blieben – so konnte etwa die 2006 gegründete Confédération Générale Tunisienne du Travail (CGTT) keine Legalisierung erreichen – blieb die Mehrheit der aktiven GewerkschafterInnen weiter in der UGTT aktiv und versuchte innerhalb des offiziellen Gewerkschaftsverbandes kämpferische Interessenvertretungspolitik durchzusetzen.

Steffen Erdle stellte 2010 in einer umfassenden Analyse des tunesischen Regimes einerseits zwar eine Schwächung und Korrumpierung der Gewerkschaften fest, wies jedoch bereits darauf hin, dass die Gewerkschaftsführung nicht in der Lage wäre, die UGTT völlig zu kontrollieren.

*»The heterogeneity of the UGTT's membership, its long history and still strong legitimacy as a national organization, and the often multiple political and organizational affiliations of its activists create a political power field which the state cannot entirely control.«* (Erdle 2010, 216)

Die unabhängigen Basisgewerkschafter in der UGTT organisierten bereits in den letzten Jahren immer wieder spontane Arbeitskämpfe, die allerdings in Europa kaum zur Kenntnis genommen wurde. Dieses kämpferische Element innerhalb der Gewerkschaften sollte entscheidend für die Revolution von 2011 werden.

### **Perspektivlosigkeit der Jugend**

Die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnenklasse ist eng verwoben mit der Perspektivlosigkeit der Jugend. Lange Zeit hatten sich die nachfolgenden Generationen zumindest einen sozialen Aufstieg als Gegenleistung zur Akzeptanz autoritärer Herrschaft erhoffen können. Tatsächlich entwickelte sich das Bildungssystem Tunesiens durchaus positiv. Immer mehr junge TunesierInnen konnten in den letzten Jahrzehnten einen Universitätsabschluss vorweisen. Diese Hoffnung auf sozialen Aufstieg bildete allerdings das Kernstück dessen was in der Politikwissenschaft oft als »authoritarian bargain« bezeichnet wird, also den unausgesprochenen Kuhhandel eines Regimes mit der Bevölkerung, dass letztere ihre politischen Freiheiten gegen sozialen Aufstieg in einem Wohlfahrtsstaat eintauschen. Regierungen die ihren Teil dieses »Geschäfts« allerdings nicht mehr erfüllen, werden spätestens dann in Frage gestellt, wenn alle Illusionen in einen Aufstieg durch eine globale Wirtschaftskrise zu Nichte gemacht werden und eine ganze Generation junger Menschen nicht mehr in einen regulären Arbeitsprozess kommt und damit auch von der Möglichkeit zur Familiengründung – d.h. in konservativ islamischen Gesellschaften oft auch von der Möglichkeit legitimer Sexualität – ausgeschlossen wird.

Die angestaute Frustration dieser Generation entlud sich nach der demonstrativen Selbstverbrennung von Mohammed Bouazizi als sich die tunesischen Jugendli-

chen begannen zu organisieren. Hamada Ben Aoun, der unter dem Künstlernamen El Général gegen Ben Ali rappte, trug ebenso zum Erfolg der Widerstandsbewegung bei wie jene AktivistInnen, die sich in schweigendem Protest auf die Gleise der Straßenbahn von Tunis stellten oder mit ihren Körpern »Freies Tunesien« auf den Boden ihrer Universität schrieben.

Die massive Repression des Regimes führte schließlich jedoch nur zu noch heftigeren Protesten. Entscheidend für den Sieg der Revolution war dann aber wohl das Bündnis von Jugendlichen und GewerkschafterInnen. Nachdem sich ab dem 10. Jänner 2011 immer größere Teile der UGTT mit Streiks an den Protesten beteiligten und mit Massendemonstrationen das Land lahmlegten, war es wohl nur mehr eine Frage der Zeit bis Ben Ali schließlich das Land verlassen musste.

### Die Revolution hat erst begonnen

Mit der Flucht Ben Alis am 14. Jänner 2011 ist allerdings nur ein erster Schritt der Revolution gesetzt. Die neue politische Ordnung entwickelt sich erst in den politischen Kämpfen seit dem Jänner. Dabei spielten die Gewerkschaften, NGOs und Frauenverbände eine durchaus bedeutende Rolle. Insbesondere die BasisaktivistInnen innerhalb der UGTT, die sich in Räten organisiert hatten und innerhalb der Gewerkschaften nun massiv an Einfluss gewannen, bildeten ein Herzstück einer Gegenmacht gegen das Fortleben des Regimes in Form eines weitgehend intakten Staatsapparates. Sie bildeten auch das Herzstück von Bürgerräten die in den Tagen nach der Revolution nicht nur eine Sicherheitsfunktion gegen Marodeure übernahmen, sondern auch eine Verwaltungsstruktur von unten aufbauten. Der Rücktritt der Gewerkschafter aus der ersten Übergangsregierung, die Schaffung eigener Organisationsformen von ArbeiterInnen und die Aufrechterhaltung des Drucks von der Straße, stellen wesentliche Faktoren dafür dar, dass es dem tunesischen Regime nicht gelang einfach nur den Präsidenten auszuwechseln und dabei die Herrschaftsstrukturen im Lande unangetastet zu lassen. In Tunesien scheint sich das politische System tatsächlich weit tiefgreifender zu ändern als in Ägypten. Die Gewerkschaften treiben seit Jänner die Revolution als weiter voran. Bisher ist es dabei gelungen die sozialen und demokratiepolitischen Forderungen zu verbinden.

Von der damit verbundenen Liberalisierung des politischen Klimas, haben selbstverständlich auch die organisierten Vertreter des Politischen Islam etwas. Sie konnten aus dem Exil zurückkehren und werden nicht mehr in die Folterkeller des Regimes gesperrt. Politisch konnte bislang in Tunesien jedoch weder die *an-Nahda*, noch sonst irgendeine islamistische Gruppierung auch nur einen Achtungserfolg davon tragen. Stattdessen organisieren sich feministische und laizistische Gruppen um für Geschlechtergleichheit und Säkularismus zu kämpfen. GewerkschafterInnen organisierten einen »Rat zum Schutz der Revolution«, der die neue Regierung überwachen soll. Die organisierte Basis der Bevölkerung achtet darauf, dass die Reste des alten Regimes die Bevölkerung nicht um ihre Revolution betrügen. Die Gegenmacht der Straße war stark genug am 27. Februar die Übergangsregierung von Mohamed Ghannouchi zum Rücktritt zu zwingen und trug sicher dazu bei, dass am 9. März schließlich sogar die ehemalige Staatspartei RCD aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt wurde.

Mit der Revolution sind in Tunesien eine Vielzahl neuer Vereinigungen NGOs

und politischer Gruppen entstanden. Die Frage der politischen und ökonomischen Zukunft des Landes wird auf allen Ebenen debattiert. Politische Kämpfe finden nicht nur hinter verschlossenen Türen, sondern weiterhin in den Kaffehäusern, auf den Straßen und in den Betrieben statt. Diese Revolution hat tatsächlich politische Freiheiten mit sich gebracht, die auch eine Basis für Kämpfe um andere Arbeits- und Lebensbedingungen darstellen. Diese Kämpfe um die Zukunft des Landes stehen vier Monate nach der Flucht Ben Alis noch immer an ihrem Beginn. Als demokratische und anti-neoliberale Revolution stellt sie auch am Beginn neuer sozialer Kämpfe.

Die Revolution in Tunesiens ist jedoch nicht nur Katalysator politischer Proteste in allen Teilen der Arabischen Welt, sondern zeigt auch, dass es sich lohnt um demokratische Alternativen zum Neoliberalismus in seiner trikontinental-autoritären oder in seiner postdemokratischen Form zu kämpfen.

### Literatur

- Camau, Michel/ Geisser, Vincent (2003) *Le syndrome autoritaire. Politique en Tunisie de Bourguiba à Ben Ali*, Paris.
- Borowiec, Andrew (1998) *Modern Tunisia. A Democratic Apprenticeship*, Westport/London.
- Erdle, Steffen (2010) *Ben Ali's »New Tunisia« (1987 – 2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World*, Berlin.
- Hamzaoui, Salah (1999) *Champ Politique et Syndicalisme en Tunisie*; in: *Annuaire de l'Afrique du Nord* Vol. 38. Paris: S. 369-387
- Hinnebusch, Raymond A. (2003) *The International Politics of the Middle East*, Manchester.
- Toumi, Mohsen (1989) *La Tunisie de Bourguiba à Ben Ali*, Paris.